



Dienstag, 05. Oktober 2021

## Warnung vor Atommüll-Endlager

Kreis Cuxhaven. Das lokale Aktionsbündnis für verantwortungsvollen AKW-Rückbau warnt ausdrücklich davor, das Cuxland als Atommüll-Endlager aus Gründen des Klimawandels überhaupt in Erwägung zu ziehen. Zum Stand der Endlagersuche für hoch radioaktiven Abfall aus Atomkraftwerken hat die Aktionsgruppe mit Vertretern aus Stadt Cuxhaven und Land Hadeln einen Kurzbericht gefertigt. Darin mahnen sie den Landkreis, am Ball zu bleiben.

Unmissverständlich macht das lokale Bündnis klar: „Das von Überschwemmungen und dem Meeresspiegelanstieg bedrohte Cuxland ernsthaft für ein Atommüll-Endlager in Erwägung zu ziehen, das angeblich über tausende von Jahren den hochgefährlichen Müll sicher verschließen soll, erscheint uns schon vom Ansatz her mehr als fragwürdig.“

Sie fordern, dass die Kreisverwaltung auf Öffentlichkeitsbeteiligung bestehen soll. Um nicht irgendwann vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, sei es wichtig, weiterhin auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung zu bestehen. Für eine Beteiligung an dem Suchprozess für ein Endlager sollten sich in ihren Augen insbesondere auch die kommunalen Verwaltungen einsetzen, damit sie laufend eine umfassende Information der Bevölkerung gewährleisten können.

Rund 70 Hektar Bedarf

Nachdem Gorleben nach Jahrzehnten des Widerstands als Standort für ein Atomendlager infrage gestellt worden war, habe die deutsche Regierung 2017 eine Untersuchungskommission beauftragt, nach weiteren geeigneten unterirdischen Lagern in Ton, Salz- oder Kristallingestein zu suchen, so die Bündnissprecher Maria Jarowoy und Norbert Welker.

Sie rekapitulieren: Im Oktober 2020 sei der Zwischenbericht Teilgebiete vorgelegt worden, in dem 90 Standorte in ganz Deutschland benannt wurden, die potenziell für die Endlagerung von hoch radioaktivem Müll aus Atomkraftwerken geeignet sein sollen.

Auch der Landkreis Cuxhaven gehöre zu diesen Standorten. Der Flächenbedarf betrage über der Erde bis zu 34 Hektar, hinzu kämen noch mal circa 34 Hektar für sogenannte schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

In drei digitalen Teilgebietskonferenzen sollte die Bevölkerung beziehungsweise die Gemeinden in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. An Teilgebietekonferenzen hätten auch Vertreter des Landkreises Cuxhaven und der Stadt Geestland teilgenommen.

Wegen der unprofessionellen Umsetzung der Konferenz verließen allerdings viele Bürgerinitiativen, Umweltverbände, kommunale Vertretende sowie einzelne Bürger vorzeitig dieses Öffentlichkeitsforum. Wichtige Fragen seien ignoriert worden oder konnten nicht beantwortet werden, so die Kritik auch von Welker und Jarowoy. Anfang August 2021 sei die dritte und vorerst letzte Teilgebietskonferenz zu Ende gegangen – ohne Ergebnis und greifbare Perspektive.

Sie seien jedenfalls nicht nur nach den Erfahrungen in den Öffentlichkeitsforen höchst misstrauisch, ob die Endlagersuche zukünftig nach seriösen wissenschaftlichen Kriterien erfolge oder nicht doch nach der Frage entschieden werde, wo der geringste Widerstand aus der Bevölkerung zu erwarten sei.

„Wir begrüßen es deshalb sehr, dass Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises Cuxhaven an den Teilgebietekonferenzen teilgenommen haben und hoffen, dass die Kreisverwaltung in diesem Sinne am Ball bleibt“, machten Maria Jarowoy und Norbert Welker abschließend deutlich. (red/wip)